



www.chinainfoStelle.de • Agathe-Lasch-Weg 16 • D-22605 Hamburg • k.fiedler@chinainfoStelle.de • Tel: +49-(0)40-88181-313

Nr. 24/Juni 2014

Rev. Chen Yilu leitet das Nanjing Union Theological Seminary. Der folgende Beitrag wurde am 26.4.2014 als Blog-Beitrag veröffentlicht.

Chen Yilu

Der Abriss des Kreuzes der Sanjiang-Kirche – Überlegungen aus einer modernen Verwaltungsperspektive

Aus Sicht eines strengen Vorgehens gegen illegale Bauten kann man das Verhalten der Zhejiang Regierung zwar verstehen, aber das Problem irregulärer Bauten grassiert in ganz Zhejiang. Es ist ein Problem, das uns hinterlassen wurde durch das Entwicklungsmuster „nach Steinen tastend den Fluss überqueren“, also seinen Weg im Erproben zu finden, und kann nur schrittweise gelöst werden. In diesem Fall allerdings wendet die Regierung von Zhejiang ungeduldige und unbeugsame Maßnahmen an, die nicht in Einklang stehen mit den Prinzipien und Erkenntnissen moderner Verwaltung. Sie werden gewiss inneren Schaden anrichten, das Ansehen von Partei und Regierung sowie die Gefühle der Bevölkerung gegenüber der Partei schädigen und die gesellschaftliche Stabilität beeinträchtigen. All dies ist die Anstrengungen nicht wert und ein Beispiel gescheiterter Regierungsführung.

Die Regierung von Zhejiang benutzt offensichtlich grobe und harte Methoden, um Massenvorfälle in den Griff zu bekommen. Sie hat nicht vor dem Vorfall zunächst mit der örtlichen Einheitsfront, dem Religionsbüro und den Religionsvertretern kommuniziert und verhandelt, sondern eigenwillig eine Methode angewandt, die sie für richtig befand. Hierin zeigt sich die Naivität und Voreingenommenheit der politischen Entscheidungsträger.

Wie man hört, benutzt die Regierung in Zhejiang sowohl Anreize als auch Drohungen, um Verantwortliche aus den Religionsgemeinschaften und die Angehörigen von in der Kirche wartenden Gläubigen zu bedrohen. Dies verletzt den Geist modernen Rechts; derartiges Vorgehen riecht nach Sippenhaft und tritt die Menschenrechte grob mit Füßen. Wenn die Regierung davon spricht, das Problem illegaler Bauten lösen zu wollen, hat sie selbst bereits

Redaktion: Dr. Katrin Fiedler

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die **China InfoStelle** ist ein gemeinsames Projekt der folgenden Werke:

Evangelische Mission in Solidarität (EMS), Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung – Brot für die Welt, Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW), Mission EineWelt - Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (MEW), Zentrum für Mission und Ökumene (ZMÖ), Vereinte Evangelische Mission (VEM).

中國文化項目
China
InfoStelle
CHINA INFORMATION DESK

gegen Bestimmungen und Gesetze verstoßen. Außer dass ihr Vorgehen bei den Menschen als grob und hart ankommt, weist es keinerlei Erkenntnisse aus der modernen Verwaltung auf. Ich hoffe, die Zentralregierung wird bald eingreifen, um die schrittweise Verschlechterung der Situation zu vermeiden. Die politischen Führer in Zhejiang müssen begreifen, dass mit dem Versiegen der Lebenskraft der Sanjiang-Kirche der chinesische Drache nur schwer überleben können.

Im Religionsverständnis der chinesischen Kommunistischen Partei gibt es eine sehr wichtige Vorstellung, nämlich den Massencharakter der Religion, den die örtliche Regierung von Zhejiang offensichtlich noch nicht verinnerlicht hat. Ein einziger Haushalt, dem die Enteignung für öffentliche Zwecke droht, kann mit den entsprechenden Behörden über mehrere Jahre im Konflikt liegen, und da soll das Herabreißen des Kreuzes einer Kirche einfacher sein? Diese unvollkommene Erkenntnis [des Massencharakters von Religion] resultiert in der jetzigen Situation mit ihrer Eskalation und ihrem Patt. Dabei hat das „Dokument Nr. 19“ der Partei diesen Punkt vor vielen Jahren sehr luzide dargestellt und betont, dass Probleme mit Angehörigen der religiösen Volksmassen durch Verhandlungen gelöst werden sollen.

Was diesen Vorfall betrifft, so handelt es sich nicht um ein irgendein Problem des religiösen Glaubens, sondern um ein Problem der Rechte und Interessen, die den Massencharakter von Religion berühren. Die Gläubigen der Sanjiang-Kirche schützen ihre Rechte und Interessen, wobei beide Seiten in der Vergangenheit Fehler begangen haben. Die Kirche beinhaltet illegale Gebäudeteile, wobei die Regierung damals die illegalen Gebäude durch ihr Stillschweigen toleriert hat; nur so konnte es zur heutigen Situation kommen. Man kann weder sagen, dass allein die Kirche schuld ist, noch der Ansicht sein, dass die Regierung keine Verantwortung mehr trifft, sobald man mit den damals zuständigen Regierungsvertretern abgerechnet hat. Vielmehr muss man das Problem durch Verhandlungen lösen und nach dem vernünftigsten und juristisch besten Weg streben und darf diese Gebäudeteile keinesfalls mit Gewalt zerstören.

Inzwischen müssen wir bereits von einem krisenhaften Vorfall sprechen, und die Regierung wendet Methoden des Krisenmanagements an, um eine Eskalation der Situation zu vermeiden. Zahlreiche Gläubige sind in die Kirche eingezogen und haben geschworen, die Kirche mit ihrem Leben zu schützen. Handhabt man eine solche Situation nicht vorsichtig, kann es zu Vorfällen mit Tötungsdelikten oder lebensgefährlichen Situationen kommen. Wenn aber eine Situation bereits die Möglichkeit von Todesfolge in sich birgt, dann ist die Stunde der Krise erreicht und man muss das Krisenmanagement in Bewegung setzen, einschließlich von Verhandlungen und einer Garantie für Leib und Leben. Dieses Bewusstsein ist bei der Regierung von Zhejiang aber nicht erkennbar vorhanden. Vielmehr konfrontiert sie die gläubigen Massen mit Polizeikräften und Abrissgeräten in großem Stil. Eine solche Situation ist brandgefährlich und besorgt uns sehr. In gewisser Hinsicht lässt sich sagen: Sollte es wirklich zu Todesfällen kommen, dann wäre die Regierung dafür verantwortlich.

Beim 3. Plenum des 18. Parteikongresses im November 2013 wurde betont, dass das Verhältnis zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität gut austariert werden muss. Das bedeutet, dass die Stabilität unter allen Umständen Vorrang hat. Im Behandeln dieser Angelegenheit hat die Regierung von Zhejiang jedoch diese dialektische Beziehung nicht vollständig erfasst. Wenn eine Regierung der Sicherheit für Leib und Leben der Bevölkerung keine Beachtung schenkt, wird ihre Legitimität infrage gestellt, zumal dieses Vorgehen auch nicht dem Prinzip der Kommunistischen Partei entspricht, „eine Partei im Interesse des Volkes zu errichten und für das Volk zu regieren“. Wir hoffen, dass beide Seiten vor Ort

Zurückhaltung üben werden, um die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten, und dass zügig Verhandlungen in Gang gesetzt werden, um die beidseitige Situation der Konfrontation aufzulösen, sodass diese Krise durch Kommunikation und Koordination schon bald beendet werden kann; allein ein solches Vorgehen entspricht den Prinzipien einer modernen Verwaltungslehre.

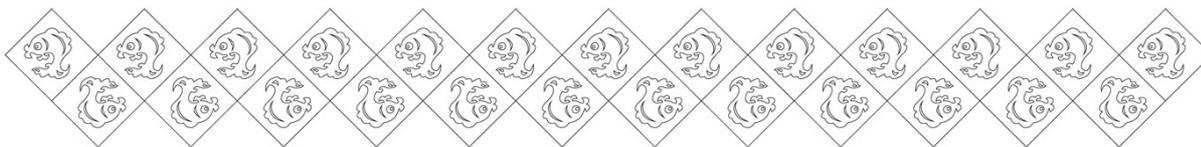
Anfänglich war die Regierung von Zhejiang der Ansicht, das gewaltsame Herunterreißen des Kreuzes der Sanjiang-Kirche sei ein isolierter Vorgang im Zusammenhang mit der Entfernung illegaler Bauten, aber anders als intendiert ist diese Angelegenheit schrittweise eskaliert und zu einem Massenvorfall geworden, zu einer krisenhaften Angelegenheit, zu einem Brennpunkt. Wenn sie sich weiterhin derart entwickelt, kann sie zu einer Angelegenheit mit Blutvergießen und zu einem politischen Vorfall werden. Leider nimmt die Regierung von Zhejiang dies nicht ernst und ist überhaupt nicht zu Kompromissen und aktiver Kommunikation bereit, das ist schockierend. Es ist selten, dass ein Verwaltungsbeamter Massenvorfälle derart missachtet. Wenn dies so weitergeht, könnten zu den Maifeiertagen Tausende von Menschen unterstützend hinzukommen, um sich vor dem berühmten Kreuz fotografieren zu lassen; dann wäre diese Angelegenheit wirklich eskaliert.

Den Vorfall des gewaltsamen Herabreissens des Kreuzes der Sanjiang-Kirche kann man als einen der ernsthaftesten Zwischenfälle bezeichnen, die seit Gründung der VR China die Regierung und die religiösen Volksmassen in Konfrontation zueinander gesetzt haben. Er hat die Beziehungen zwischen der Partei und den Massen, der Regierung und dem Volk ernsthaft beschädigt und einen unermesslichen politischen Schaden verursacht.

Der Vorfall um die Sanjiang-Kirche hat die gesellschaftlichen Verwaltungskosten erhöht. Für gewöhnlich reißt die Regierung keine illegalen Bauten ab, solange nicht zahlreiche Klagen von Bürgern eingehen, weil das Abreißen Kosten verursacht. Bereits jetzt hat die örtliche Regierung große Ausgaben in diese Angelegenheit investiert. Dabei handelt es sich um das hart erarbeitete Geld der Steuerzahler, das man nicht verwenden darf für Dinge, die dem Staat und dem Volk nicht nützen. Die Ortsregierung aber hat schon große Mengen öffentlicher Gelder verschwendet. Aus Verwaltungssicht betrachtet, hat sie damit wertlose Dinge getan. Wenn wir nach einem verantwortlichem System fragen, dann müssen die Entscheidungsträger und Organisatoren zur Verantwortung gezogen werden.

Der Vorfall um die Sanjiang-Kirche hat die vorzügliche Tradition der Liebe zum Vaterland und zur Kirche und die Christenräte im Verbund mit der Drei-Selbst-Bewegung stark beschädigt. Weil der örtliche Christenrat seine Funktion nicht ausüben konnte, werden sich in Zukunft zahlreiche Gläubige nicht im Umfeld der Christenräte und der Drei-Selbst-Bewegung zusammenfinden, ist doch ihr Name mit Unfähigkeit in Verbindung geraten. Weder konnte der örtliche Christenrat in Vereinigung mit der Drei-Selbst-Bewegung mit der Regierung kommunizieren noch die Gläubigen hinter sich vereinigen. Wahrlich, was für ein Verlust für die Christenräte! So wird der Name „Sanjiang“ nun Inbegriff einer Pattsituation, in der rigide Methoden und verhärtete Beziehungen regieren. Es kann keine Gewinner mehr geben, aber wenn nun nicht ein Krisenmanagement in Bewegung gesetzt und die Entscheidungsträger und Organisatoren in der Regierung rechtzeitig zur Verantwortung gezogen werden, um die öffentliche Entrüstung zu besänftigen und die Situation noch rechtzeitig zu wenden, so wird es zu großen Verlusten kommen, seien sie politischer, gesellschaftlicher oder finanzieller Art.

Quelle: http://blog.sina.com.cn/s/blog_c260784101011fjf.html



Christentum in China: Eine Kraft des Wandels? (Teil I)

Die gegenwärtige Situation und soziale Funktion des Christentums in der VR China war Thema einer halbtägigen Podiumsveranstaltung des China Center am Brookings Institute mit Vortragenden aus China und den USA. Im ersten Teil, „Der soziale und politische Status des Christentums in China“, äußerten sich Prof. Liu Peng, Professor für Amerikastudien an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, Prof. Carsten Vala, Assistant Professor an der Loyola University Maryland, und Rev. Zhang Boli, leitender Pastor der Washington Harvest Chinese Christian Church. Zhang war einer der Studentenfürher der städtischen Protestbewegung von 1989 und einige Zeit nach seiner Flucht in die USA (wie auch eine Reihe anderer ehemaliger Studentenfürher) zum Christentum konvertiert. Als Moderator des ersten Panels fungierte Richard Bush, Director des Center for East Asia Policy Studies und Senior Fellow am John L. Thornton China Center.

Die zweite Hälfte der Podiumsveranstaltung war den Auswirkungen des christlichen Wachstums auf die chinesische Zivilgesellschaft gewidmet. Wir dokumentieren die zweite Runde in der kommenden Ausgabe von *Duihua – mit China im Dialog*. Die Vorträge und Diskussionsbeiträge lassen sich im chinesisch-englischen Original auch im Internet nachhören unter folgendem Link:

<http://www.brookings.edu/events/2014/06/03-christianity-as-a-force-for-change-in-china>

Der soziale und politische Status des Christentums in China

In seinem Impuls „(Protestantisches) Christentum in China: Herausforderungen und Chancen“ gab **Liu Peng** zunächst einen Einblick in die gegenwärtige Situation des protestantischen Christentums in China. Während es schwierig sei, konkrete Zahlen zu nennen, sei das Wachstum des Christentums unbestritten und die Religion sei selbst in Regionen wie Tibet oder Xinjiang inzwischen vertreten. Zugleich habe sich die demographische Zusammensetzung der Gemeinden zugunsten jüngerer und besser ausgebildeter Mitglieder verschoben, so dass das Christentum nicht mehr eine Religion der alten Frauen sei. Stattdessen verfügten Christen inzwischen über erhebliches soziales Kapital in Form von Bildung, Weltläufigkeit und Netzwerken.

Dieses Wachstum sei jedoch verbunden mit Problemen, von denen die Beziehung zum Staat an erster Stelle stehe. Das zweite Problem sei die soziale Wirkung des Christentums in China, die unterschiedlich eingeschätzt werde. Das dritte Problem sei die Frage der Religionsfreiheit, deren Interpretation der Hoheit der KP unterliege. Ein viertes Problem sei die politische und soziale Diskriminierung des Christentums, die sehr alte Wurzeln habe. Schließlich stelle die soziale Unterlegenheit von Christen aufgrund dieser Geschichte ein Problem dar. Kirchenintern gebe es weitere Probleme, wie den Mangel an qualifizierten Pastoren, theologischen Ausbildungsstätten und gutem internen Kirchenmanagement. Schließlich gebe es christentumsspezifische Probleme, wie die Einschätzung des Christentums als Fremdreigion, die Spaltung in registrierte und nicht-registrierte Gemeinden, und den

Einfluss fundamentalistischen und charismatischen Denkens. Dieser Einfluss sei angesichts des Mangels einer genuin chinesischen Theologie problematisch, da man ihm nichts entgegenzusetzen habe. Sekten stellten eine weitere Bedrohung dar, wie der jüngste tödliche Angriff von Mitgliedern des Östlichen Blitzes (Eastern Lightning) auf eine Frau in einem McDonalds gezeigt habe. In diesem Zusammenhang sei die langjährige Abschottung vieler Gemeinden ein Problem. Ihnen fehle das Verständnis für Zivilgesellschaft und die Rolle von Christen in der Gesellschaft.

Im Hinblick auf einen möglichen Wandel der Religionspolitik unter Präsident Xi Jinping nach dem 3. Plenum des 18. Parteikongresses sagte Liu, die Zeichen ließen sich positiv oder negativ deuten, zweifellos habe jedoch die künftige Religionspolitik (insbesondere die Frage der Gesetzgebung) eine Schlüsselbedeutung für die Entwicklung des Christentums. Auch gebe es Wettbewerb zwischen den Religionen um die Gunst der Gläubigen. Letztendlich hänge jedoch viel vom Christentum selbst, seinem Selbstverständnis und seiner Akzeptanz in der Gesellschaft ab. Es gelte, Relevanz für die Zivilgesellschaft zu entwickeln, zum Beispiel durch den neuen Markt für soziale Dienstleistungen.

Carsten Vala zufolge umfasst der wachsende soziale Status des (protestantischen) Christentums drei Bereiche, auf die er in seinem Vortrag einging: den demographischen Wandel des Christentums, den Einfluss des Protestantismus im Bereich der Kirchen und Berufsgruppen, und schließlich den verbesserten Stand des Christentums gegenüber dem Parteistaat. Heute spiegele die Zusammensetzung der christlichen Kirchen die Zusammensetzung der chinesischen Bevölkerung als Ganzes weitaus besser wider als zu Beginn des Wachstums, als Frauen, Ältere und Kranke dominierten. Insbesondere an den Universitäten habe der Einfluss des Christentums zugenommen. Eine Studie von sechs Universitäten in Shanghai habe einen Anteil von 5% protestantischen Christen unter den Studierenden gezeigt, und für die Renmin Universität gebe es Zahlen von zwischen 30 und 50 christlichen Professoren.

Ein neues Phänomen seien berufsbezogene Netzwerke protestantischer Christen, zum Beispiel von Künstlern auf Weibo. Innerhalb bestimmter Berufsgruppen, wie Juristen, Dozenten und Künstlern gebe es Eliten, die sich mit Berufung auf ihren Glauben und unter Nutzung internationaler Kontakte für gesellschaftlichen Wandel einsetzten. Wichtige Entwicklungen seien außerdem die Gründung von Schulen durch Christen sowie der soziale Einsatz, zum Beispiel bei Katastrophen. Christen engagierten sich zunehmend durch Veröffentlichungen und eigene Buchhandlungen, aber zum Beispiel auch im Bereich der Ehe- und Familienberatung. In einem Fall sei eine christliche Publikation zur Ausbildung von Familienberatern von der Kommunistischen Jugendliga übernommen und chinaweit eingesetzt worden.

Das Verhältnis der Kirchen zum Staat sei durch gewachsenes gegenseitiges Vertrauen gekennzeichnet. Die neuen, sichtbaren aber nicht-registrierten städtischen Hauskirchen seien ein Ergebnis dieses Prozesses. Die bekannte Pekinger Shouwang-Gemeinde habe sich zu ihrem Schritt in die Öffentlichkeit entschieden, nachdem sich die Kirchenleitenden darüber klargeworden seien, dass der Staat ohnehin über sie Bescheid wisse und man durch eine „Politik des Verbergens“ nur vor der Gesellschaft verborgen bliebe. Grundsätzlich begrüße der Parteistaat Formen des sozialen Engagements von Kirchen, die den Staat entlasteten und zugleich sein Gesicht wahrten. Trotzdem bleibe, auch genährt durch historische Erfahrungen, eine grundsätzliche Angst des Staates vor dem Christentum als Kraft, die den Parteistaat schwächen oder sogar zu einer Demokratisierung beitragen könne. Tatsächlich seien eine Reihe der Exil-Studentenführer von 1989 zum Christentum konvertiert; wichtig sei jedoch

der Hinweis, dass in dieser Gruppe wie auch zum Beispiel bei chinesischen christlichen Menschenrechtsaktivisten der Aktivismus zuerst komme und der christliche Glaube erst danach folge.

Für die Diskussion nannte Vala zwei diskussionswürdige Punkte. Mit der Frage nach einem möglichen Wachstum des Christentums stelle sich die Frage nach der Qualität des Glaubens vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die meisten Christen in China Gläubige der ersten Generation seien. Umfassender gesellschaftlicher Wandel, so seine These, müsse über mehrere Generationen wachsen. Zweitens sei es wichtig, die Entwicklung des Christentums in China vor der Folie des Parteistaats stets auf mehreren Ebenen zu analysieren. Immer gebe es eine offizielle Version einerseits und eine eventuell davon abweichende gesellschaftliche Realität andererseits.

Zhang Boli ging in seinem Vortrag vor allem auf die jüngsten staatlichen Maßnahmen gegen kirchliche Bauten ein. Dieser Politikwandel sei als Reaktion auf das ausgesprochen rasche Wachstum des Christentums zu sehen. Anfang 2014 habe daher die Verfolgung von Kirchen begonnen, indem Regierungsvertreter zunächst nur das Herabnehmen von Kreuzen gefordert hätten; später sei die Zerstörung von Kirchen hinzugekommen. Bis Ende April seien bereits 60 Kirchen zerstört worden. Auch seien Kirchen gezwungen worden, ihren Namen zu ändern. Zum Teil seien Hauskirchen geschlossen oder ihre Führer unter Hausarrest gestellt worden. Gleichzeitig würden Regierungsvertreter hinsichtlich ihres religiösen Hintergrunds überprüft. Der Verkauf von christlichen Produkten über das Internet sei verboten worden. Es sei kein Zufall, dass Wenzhou der Schwerpunkt dieser gegenwärtigen anti-christlichen Aktivitäten sei. Wenzhou als das „chinesische Jerusalem“ sei gleichsam der Kopf des chinesischen Christentums, dem man auf diese Weise beikommen wolle. Der Staat folge außerdem mit den Aktionen gegen Kirchen dem Muster, Politik immer erst versuchsweise an ausgewählten Orten umzusetzen, um die Reaktionen zu testen. Nachdem das Herabholen der Kreuze keinen internationalen Aufschrei ausgelöst habe, sei man zur Zerstörung von Kirchen übergegangen. Auch eine mehrere hundert Jahre alte katholische Kirche sei Opfer dieser Zerstörungswelle geworden. Er selber sei trotz allem optimistisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Christentums in China. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Verfolgung der Kirche und ihrem Wachstum in China nicht geschadet, sondern dieses vielmehr befördert habe.

In der anschließenden Diskussion wurde noch einmal die Situation des Christentums im Gesamtkontext der offiziell anerkannten Religionen beleuchtet. Liu Peng betonte, vom gegenwärtigen Aufschwung der Religionen seien insbesondere das protestantische Christentum und der Buddhismus betroffen, wobei das Christentum viele Gutsausgebildete anziehe, während der Buddhismus vor allem unter Geschäftsleuten und Regierungskadern beliebt sei. Carsten Vala ergänzte, dass die Ressentiments gegenüber Missionaren von den Christen an der Basis nicht geteilt würden. Es herrsche Wohlwollen gegenüber der historischen Rolle der ausländischen Missionare. Die Präsenz von [illegalen] ausländischen Missionaren in der Gegenwart führe zum Teil zu Machtkämpfen, wenn diese zum Beispiel die protestantischen Denominationen wieder einführen wollten. Es liege eine Ironie in der Tatsache, dass die Drei-Selbst-Kirchen, zum Beispiel im Hinblick auf Kirchenmusik, ihren missionarischen Ursprungskirchen viel mehr ähnelten als die Hauskirchen, die in vielerlei Hinsicht indigenisierter seien.

Die Kirchen seien erst dabei, ihre Rolle in der Zivilgesellschaft zu finden, so Liu Peng. Das Erdbeben von 2008 habe nicht nur Christen in einer neuen Funktion gezeigt, sondern auch deutlich gemacht, wieviel Klärungsbedarf, zum Beispiel in juristischer Hinsicht, für derartiges Engagement existiere.

Auch die Vorgänge zwischen dem Staat und den Kirchen in Zhejiang wurden von den Rednern in der Diskussion weiter beleuchtet. Liu Peng betonte, angesichts der Größe und Komplexität Chinas sei alles, was man über das Land aussage, irgendwo wahr. So ließe sich das grundsätzliche Wachstum der Kirchen einerseits mit einem Bild von örtlichen Problemen andererseits in Einklang bringen. Zhang Boli ergänzte, das gegenwärtige Vorgehen gegen Kirchen sei insofern neu, als Drei-Selbst-Kirchen, die sich an staatlich auferlegte Beschränkungen (zum Beispiel im Umgang mit Jugendlichen) gehalten hätten, nun verfolgt würden. Das gegenwärtige Vorgehen werde Menschen von den registrierten Kirchen in die Hauskirchen treiben, prophezeite Zhang. Chen Yilu, Vize-Präsident des Chinesischen Christenrats und Präsident des Nanjinger theologischen Seminars, habe sich kritisch über die Vorgänge in Zhejiang geäußert. (Siehe den vorangestellten Beitrag von Chen in dieser Ausgabe, d. Red.) Carsten Vala erinnerte an vergangene Vorgänge von Verfolgung in den neunziger Jahren in Henan. Nachrichten drängen oft nur unvollständig an die internationale Öffentlichkeit, auch, weil es unterschiedliche Einschätzungen über die Auswirkungen gebe, die das Einschalten von internationalen Medien für die Christen vor Ort habe. Die Menschen vor Ort, Regierungsvertreter und Kirchenleitende, müssten noch miteinander auskommen lange nachdem ein bestimmter Vorgang vorüber sei. Es sei noch zu früh, um die Vorgänge in Zhejiang in ihrer weitergehenden Bedeutung zu bewerten. Liu Peng erklärte das gegenwärtige Vorgehen gegen das Christentum als Teil eines Image- und Wahrnehmungsproblems. Das Wachstum und die Sichtbarkeit des immer noch als ausländisch wahrgenommenen Christentums passten nicht zum Aufstieg Chinas zur Supermacht, bei dem man sich ein stärker patriotisches, nationalistisches und von traditioneller Kultur geprägtes Bild des Landes und ein entsprechendes Auftreten der Kirchen wünsche. Es sei bemerkenswert, dass die Christenverfolgungen in den fünfziger Jahren sich gegen Personen, nicht aber gegen Gebäude gerichtet hätten. Ziel sei damals die Zerstörung des Christentums durch die Verfolgung von Personen gewesen. Bei den gegenwärtigen Vorgängen hingegen sei fast niemand verhaftet worden und das Handeln habe vor allem eine Auswirkung auf das äußere Erscheinungsbild des Christentums gehabt, dass „kleiner“ geworden sei.

Anmerkung der Übersetzerin: Die von Zhang Boli in seinem Vortrag genannten Zahlen sind strittig. Internetrecherchen bestätigen zwar den weitverbreiteten Abriss von Kreuzen, nicht aber die komplette Zerstörung von Kirchen. Der Begriff „Abriss“ scheint in der Diskussion doppeldeutig gebraucht zu werden, nämlich sowohl für den Abriss von Kreuzen als auch für die teilweise oder komplette Zerstörung von Kirchen. Grundsätzlich ist es aus den in der obigen Diskussion genannten Gründen unmöglich, zuverlässige Angaben zu den Vorgängen in Zhejiang zu machen. Von Wissenschaftlern und Interessierten in China zusammengestellte Informationen, so zum Beispiel eine Karte mit den Kirchenzerstörungen, die Ende Juni veröffentlicht wurde, sind in der Regel nur kurz im Internet zugänglich. Hinzu kommen technische Möglichkeiten der Bild- und Dokumentmanipulation.

Es freuet sich die Engelschar – Christliche chinesische Kunst und Musik der Gegenwart

Chinesische und deutsche Experten diskutieren in dem Band aus der Blauen Reihe des EMW die Entwicklungen zeitgenössischer chinesischer Kunst, die sich als christliche Kunst versteht. Herausgeber: China InfoStelle und Evangelisches Missionswerk. Erhältlich gegen Spende direkt über die China InfoStelle.